

KURDEN

Waisen des Universums

Nach dem Kurden-Massaker droht die Türkei mit Vergeltung. Der Krieg gegen die Separatisten in Ost-anatolien gefährdet Ankaras Chancen für einen EG-Beitritt.

Nach Pinarcik führt keine Straße. Nur ein schmaler Trampelpfad schlängelt sich durch enge Täler, an reißenden Bächen entlang zur acht Kilometer entfernten nächsten Siedlung. Die Bewohner des Weilers sind kurdische Bauern.

Ihre Ziegenherden weiden zwischen schroffen Felsformationen, auf steinigem Äckern pflanzen sie Kartoffeln. In Lehmhütten speichern sie Nahrungsmittel für den Winter; dann schneiden meterhohe Schneewehen den Ort monatelang von der Außenwelt ab. Der nächste



Kurden-Opfer in Pinarcik: „Ich hörte den Aufschrei der Kinder“

stans“ (PKK) am Tatort zurückließen. Die marxistisch-leninistische PKK hat sich dem bewaffneten Kampf gegen die Regierung in Ankara verschrieben.

Doch die Terrortruppe überfällt nicht nur Armeepatrouillen oder Kasernen. Den Feind sucht sie auch im eigenen Volk – unter moderaten Kurden in der Türkei und im Ausland, die das Ziel eines eigenen Staats gewaltfrei erreichen wollen.

Ein Operationsgebiet der PKK ist die Bundesrepublik. Kölner Verfassungsschützer lasten ihr mindestens drei Morde an Landsleuten an. Für den Verfassungsschutz gilt die PKK als „mit Abstand gefährlichste Ausländerorganisation“ in der Bundesrepublik.

Das Massaker von Pinarcik ist das bislang schrecklichste in einer Reihe kurdischer Terrorakte auf türkischem Boden. Erst im Februar hatte ein PKK-Kommando ein anatolisches Dorf überfallen und 14 Menschen getötet. Die türkische Regierung reagierte damals mit der Bombardierung kurdischer Stützpunkte im benachbarten Irak. Mindestens 200 Menschen starben. Die Strafaktion war möglich, weil zwischen dem Irak und der Türkei seit 1984 ein Abkommen besteht, das Truppen beider Länder erlaubt, Kurden-Rebellen über die Grenze hinweg zu verfolgen.

Diesmal, behauptete die türkische Nachrichtenagentur „Hürriyet“, seien die Terroristen aus Syrien ge-

kommen, dessen Grenze nur etwa 25 Kilometer von Pinarcik entfernt ist. Mit Damaskus aber hat die Türkei keine solche Übereinkunft. Dennoch drohte der türkische Präsident Kenan Evren wieder mit Vergeltung: „Wenn nicht morgen, werden wir sie übermorgen bestrafen.“

Evren machte für das Verbrechen in Kurdistan noch andere Mitschuldige aus: das Europäische Parlament in Straßburg.

Dort war Tage vor dem Anschlag eine Resolution verabschiedet worden, mit der die Abgeordneten die in die EG drängenden Türken an ein dunkles Kapitel ihrer jüngeren Geschichte erinnerten.

Die Türkei, so forderten die Europa-Parlamentarier, solle den an Armeniern zwischen 1915 und 1917 begangenen Völkermord anerkennen. Daß die Türken den Genozid leugnen und sich auch weigern, „die Kurdenfrage anzuerkennen“, stelle „unüberwindbare Hindernisse für die Prüfung eines etwaigen EG-Beitritts“ der Türkei dar.



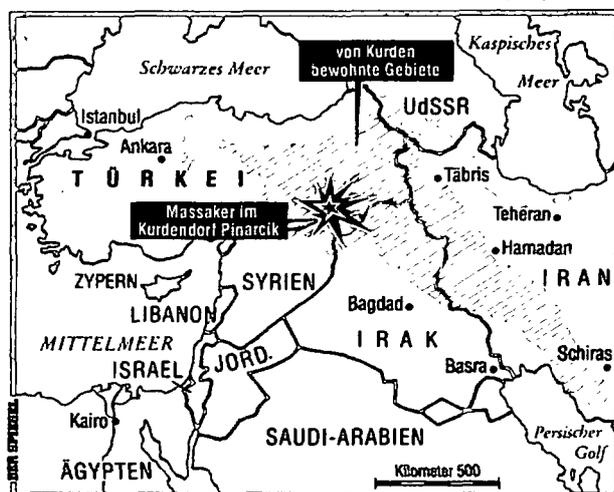
Türkischer Präsident Evren
„Wir werden sie strafen“

Arzt ist oft mehrere Tagesritte weit weg – Alltag für die Menschen in Ostanatolien, im „wilden Kurdistan“ des Karl May.

In die stille Abgeschiedenheit des Dorfes Pinarcik krachten am Samstag vorletzter Woche Granateinschläge und Schüsse aus Maschinenpistolen. „Vater, rette uns. Sie töten uns. Ich hörte den Aufschrei der Kinder. Meine sechs Kinder und meine Frau haben sie ermordet“, schilderte ein Bauer hinterher das Massaker.

Er ist einer der wenigen Überlebenden. 31 Dorfbewohner, darunter 16 Kinder, kamen bei dem nächtlichen Überfall kurdischer Separatisten um. Die Opfer, allesamt Kurden wie ihre Schlächter, waren für die Angreifer „Agenten und Knechte der faschistischen türkischen Ausbeuter“.

So stand es in einem Flugblatt, das die Guerrilleros der „Arbeiterpartei Kurdi-



Präsident Evren witterte hinter dieser „schändlichen Resolution“, mit der die PKK zum Überfall auf Pinarcik erst ermutigt worden sei, den Versuch, sein Land für alle Zeit aus der Gemeinschaft fernzuhalten: „Wenn es um die Verteidigung Europas geht, sind wir die großen Helden, der Eckpfeiler der Allianz. Aber wenn es um die EG geht, heißt es: Tut uns leid, ihr könnt nicht beitreten.“ Dann drohte er an, die Türkei könne sich auch aus der Nato zurückziehen.

Das ist kaum ernst gemeint. Denn die Regierung in Ankara glaubt, sich ungestraft auch drastische Menschenrechtsverletzungen gegen die Kurden leisten zu können, weil die Türkei in Ostanatolien, an der Grenze zu den Kriegsgegnern Iran und Irak, ein für die Nato strategisch wichtiges Gebiet bewacht.

So veranstaltete die Nato zum Zeitpunkt des Massakers von Pinarcik in Ostanatolien das Manöver „Aurora-Express“. 5000 Soldaten aus sieben Mitgliedsländern des Nordatlantischen Bündnisses übten unter anderem auch Guerilla-Bekämpfung. Mit dabei: 1000 Soldaten der Bundeswehr.

Zwar werden die Kurden als Minderheit auch von den Regierungen in Damaskus, Bagdad und Teheran verfolgt. Aber nirgendwo werden Selbstverständnis und Eigenart der kurdischen Bevölkerung so systematisch unterdrückt wie in der Türkei. Ohne Beweise verhaftet die Armee kurdische Männer, die als Sympathisanten der Rebellen gelten. „Tausende von Kurden“, meldete die westdeutsche Gesellschaft für bedrohte Völker, „sitzen in Gefängnissen, in denen Folter alltäglicher ist als Essen.“

Schon die Erwähnung des Wortes Kurdistan gilt in der Türkei als „separatistische Propaganda“ und wird mit Zuchthaus bestraft. Zu „Bergtürken“ erklärte bereits Republikgründer Kemal Atatürk die Kurden – und sprach ihnen so ihre ethnische Identität ab.

Wer kurdische Lieder hört, kurdische Schriften liest, kurdische Pluderhosen trägt, dem drohen wegen „Verletzung des Nationalgefühls“ Haftstrafen bis zu zwölf Jahren. Ministerpräsident Turgut Özal kürzlich: „Wir werden ihnen die Köpfe einschlagen.“

„Wir sind die Waisen des Universums. Im Grunde kümmert niemanden, was mit uns geschieht“, klagte 1979, kurz vor seinem Tod, der legendäre Kurdenführer Mullah Mustafa el-Barsani.

Die EG-Regierungen – auch Bonn – haben daran selten Anstoß genommen: Eine Spezialtruppe der türkischen Gendarmerie, hauptsächlich zum Einsatz in Kurdistan gedrillt, wurde von Angehörigen der GSG 9 ausgebildet. Die türkischen Elite-Soldaten, gefürchtet wegen ihrer besonderen Grausamkeit, heißen im Volksmund „schwarze Käfer“, weil sie sich die Gesichter schwarz bemalen, um nicht erkannt zu werden.

USA

Krieg ohne Kugeln

Nach dem Sturz des Demokraten Gary Hart über eine Sex-Affäre soll nun der Spitzenkandidat der Republikaner, Vizepräsident George Bush, dran glauben.

Nach ihrer Zahl, ihrer landesweiten Unbekanntheit und wohl auch ihrer mangelnden Überzeugungsfähigkeit werden die Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei derzeit durchaus angemessen mit dem Kollektiv-Namen „die sieben Zwerge“ umschrieben. Alle wollen sie ein bißchen mehr Protektionismus, ein bißchen mehr Steuern, ein bißchen weniger Verteidigungsausgaben.



Vizepräsident Bush
„Da gibt es gar nichts“

Und Vizepräsident George Bush als Wahlkampfgegner.

„Mr. Boring“, wie die „Chicago Sun-Times“ Bush wenig respektvoll nennt, den Langweiler – das wäre der blasse Hintergrund, auf dem selbst die Babbitts und die Bidens, die Gores und Gephardts noch glänzen könnten.

Freunde und Gegner zweifeln gleichermaßen daran, ob Bush sich als Kandidat seiner Partei durchsetzen kann. Der in Washington am häufigsten gebrauchte Spruch über ihn ist ein Zitat, mit dem Gertrude Stein einst ihre kalifornische Heimatstadt Oakland niedermachte: „There is no there there“, da gibt es nichts, gar nichts.

Oder etwa doch? Vergangene Woche gelang George Bush, was ihm bisher verwehrt geblieben war: Er rückte in den Mittelpunkt des Interesses.

Allerdings ging es nicht um politische Ideen oder seine Rolle in der Iran-Contra-Affäre. Es ging um die sommerliche Fortsetzung des Washingtoner Frühjahrs-Hits, Gary Hart zweite Folge sozusagen: Hat der seit 42 Jahren verheiratete Bush eine Freundin oder nicht?

Sieben Wochen nachdem eine Affäre mit der schönen Donna Rice die Aussichten des bis dahin führenden demokratischen Präsidentschaftsbewerbers Gary Hart zerstörte, soll nun der republikanische Spitzenkandidat dran glauben. Ehebruch wird in Amerika, zumindest bei Präsidentschaftsaspiranten, unverzeihlich.

Es begann wie bei Hart. Zuerst, seit Anfang Juni, zirkulierten im Washingtoner Interessenverbund aus Politikern und Journalisten die Gerüchte. Dann folgten, zunächst noch ohne Namensnennung, Andeutungen in den Personalspalten – für den Kandidaten höchste Zeit, nunmehr Familienglück zu demonstrieren.

Vergangenen Montag preschten die Nachrichtenmagazine „Newsweek“ und „U. S. News & World Report“ vor, nannten das jüngste Opfer moralischer Entrüstung beim Namen und gaben vor – die Hausjuristen schrieben mit –, lediglich über Gerüchte zu berichten.

Zwar blieb das angebliche Objekt der angeblichen vizepräsidentlichen Zuwendung gesichtslos, was aber vor allem wohl daran lag, daß sich bislang zwei Versionen halten. Nach der einen ist „sie“ eine Mitarbeiterin im Wahlkampfstab, nach der anderen die Ehefrau eines prominenten Bush-Unterstützers.

Wenn die Theorie stimmt, daß derjenige, der die Gerüchte in die Welt gesetzt hat, auch als erster dementiert, dafür verantwortlich zu sein – dann war es die Mannschaft seines republikanischen Mitbewerbers Bob Dole, die den Vizepräsidenten ins Gerede brachte.

Ein Dole-Mitarbeiter habe eine Reihe möglicher Bush-Unterstützer angerufen, so erzählte denn auch ein Bush-Helfer, und ihnen nahegelegt, ihre Spenden nicht zu verschwenden; ein Sex-Skandal werde den Vizepräsidenten in Bälde erledigen. Die Schlammschlacht der beiden Wahlkampfstäbe bezeichnet der demokratische Abgeordnete Barney Frank aus Massachusetts als einen „Iran-Irak-Krieg ohne Kugeln“. Frank weiß, wovon er redet. Nach Harts Fall gab er ungefragt seine Homosexualität bekannt, um keine Gerüchte in der Zeitung lesen zu müssen.

Auch die Bush-Mannschaft trat eine Art Flucht nach vorn an. Wahlkampfhelder George Bush jr., des Vizepräsidenten ältester Sohn, fragte Papi direkt: „Ist was dran?“ Das Ergebnis teilte der Sohn der Presse mit: Vater habe nicht. Bush jr.: „Die Antwort auf die Große Frage A heißt N.E.I.N.“

Na also. Bis zum Beweis des Gegenteils gilt weiterhin: „There is no there there.“